

WAHLEN 2023

WIR ERGREIFEN PARTEI.

FÜR DICH.
FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ.
FÜR UNSEREN PLANETEN.



WIR
ERGREIFEN
PARTEI.



WAHLEN 2023

DAFÜR ERGREIFEN WIR PARTEI:

**KAUFKRAFT STÄRKEN UND
UNGLEICHHEIT VERRINGERN**

10 – 11

**KLIMAKRISE BEKÄMPFEN UND
VERSORGUNGSSICHERHEIT GARANTIEREN**

14 – 15

**IN DER GLEICHSTELLUNG
ENDLICH VORANKOMMEN**

18 – 19

**ARMUT, AUSGRENZUNG UND
SOZIALE KÄLTE BEENDEN**

24 – 25

SERVICE PUBLIC STÄRKEN

28 – 29

**VERANTWORTUNG FÜR FRIEDEN, GLOBALE
GERECHTIGKEIT UND DEN ZUSAMMENHALT
IN EUROPA ÜBERNEHMEN**

32 – 33

DIE ZUKUNFT BRAUCHT UNS.

Wofür wir uns einsetzen:

Die Geschichte zeigt: Lösungen für grosse Herausforderungen finden wir nur gemeinsam. Nicht alle gegen alle, sondern Schulter an Schulter. Nicht mit den Rezepten von gestern, sondern mit Lösungen von heute. Nicht erst morgen, sondern hier und jetzt. Nicht halbherzig und zögerlich, sondern mutig und ganzheitlich. Nicht allein, sondern gemeinsam.

Dafür ergreifen wir jeden Tag Partei. Für etwas kämpfen, sich für jemanden einsetzen, Haltung einnehmen: Das meinen wir, wenn wir Partei ergreifen. Wir wollen Partei ergreifen für die Hoffnung und für die Überzeugung, dass Fortschritt und Freiheit für alle möglich sind. Unsere Gegenwart und die Zukunft derer, die nach uns kommen, verlangen ein Ende der Gleichgültigkeit.

Die Zukunft braucht gemeinsame Lösungen. Darum ergreifen wir zusammen Partei für eine soziale Schweiz, die:

- die Kaufkraft stärkt und Ungleichheit verringert
- die Klimakrise bekämpft und die Versorgungssicherheit garantiert
- in der Gleichstellung endlich vorankommt
- Armut, Ausgrenzung und soziale Kälte beendet
- den Service public stärkt
- Verantwortung für Frieden, globale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt in Europa übernimmt



LIEBER L
DER MEN
STATT LO
DER KON

LOBBY
MENSCHEN
LOBBY
LIZERNE.





WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR MEHR KAUFKRAFT UND WOHLSTAND FÜR ALLE.

Warum wir uns engagieren:

Die Schweiz ist reich. Doch bei vielen Menschen bleibt am Ende des Monats immer weniger Geld übrig. Das Leben wird teurer. Mieten und Krankenkassenprämien steigen rasant. Löhne und Renten stagnieren oder werden gar gekürzt und können so die hohen Lebenskosten immer weniger decken. Die Kaufkraft ist unter Druck. Gleichzeitig explodieren die Gewinne der Konzerne und Grossaktionäre. Das ist politisch so gewollt: Im Parlament sitzen viele Lobbyisten – für die multinationalen Konzerne, die Versicherungen, die Banken, die Krankenkassen, die Immobilienbranche. Das Nachsehen haben alle ohne Millionengehalt.

SP-VOLKSINITIATIVE FÜR PRÄMIENENTLASTUNG

Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Darum müssen wir endlich die Kaufkraft schützen. Mit der Prämien-Entlastungs-Initiative sorgen wir dafür, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss.

So erreichen wir unser Ziel:

Wir finden: Alle haben das Recht, am Wohlstand unserer Gesellschaft teilzuhaben. Doch heute ist die Realität eine andere: Ein paar wenige profitieren im Übermass, während bei allen anderen das Geld immer knapper wird. Deshalb wollen wir die Bevölkerung entlasten und die Kaufkraft stärken.

Das Leben muss bezahlbar bleiben

Wir sind die Lobby für die Mehrheit der Bevölkerung. Wir wollen, dass allen Menschen genug Geld zum Leben bleibt – auch denen, die nicht Millionen verdienen. Das bedeutet, dass wir uns für bezahlbare Mieten einsetzen. Heute zahlen Mieter:innen jedes Jahr über 10 Milliarden Franken mehr Miete, als es das Gesetz erlaubt. Gemeinsam ändern wir das. Und wir setzen überall dort an, wo die Kaufkraft unter Druck ist, wie etwa bei den Krankenkassenprämien, den Miet-Nebenkosten und bei den Kosten für den öffentlichen Verkehr.

Gute Löhne und Renten

Wir fordern Löhne, von denen Familien und Alleinstehende leben können und die nicht von der Teuerung aufgefressen werden. Wer ein Leben lang gearbeitet hat – ganz egal, ob in Form von bezahlter Arbeit oder unbezahlter Familienarbeit – muss mit der Rente würdig leben können. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für eine starke AHV und gegen den Rentenabbau ein.

Für eine gerechtere Schweiz

Wir wehren uns gegen die aktuelle Steuerpolitik, die Unternehmen, Grossaktionäre und Vermögende entlasten will. Dafür bezahlen muss die Bevölkerung – entweder durch Leistungsabbau oder durch mehr Steuern und Abgaben. Wir wollen stattdessen die Kaufkraft der Bevölkerung stärken. Nur so wird die Schweiz gerechter und sozialer.

KLIMASO
JETZT. S
BRAUCHI
BALD SC
VOR DEN

SCHUTZ
SONST
KÖNNEN WIR
SCHUTZ
DAS KLIMA.

WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR KLIMASCHUTZ UND VERSORGUNGSSICHERHEIT.

Warum wir uns engagieren:

Der Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung sind die grössten Aufgaben unserer Generationen. Diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam anpacken. Immer mehr Menschen bemühen sich um einen nachhaltigen Lebensstil. Doch Konzerne nehmen für ihre Profite in Kauf, dass unsere Natur, unsere Tierwelt und wir Menschen in Gefahr geraten. Die Leidtragenden sind besonders Menschen im globalen Süden. Sie sind direkt betroffen von Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen, während Milliardäre weiterhin um die Welt jetten. Auch innerhalb der Schweiz muss der Klimaschutz sozial gerecht ausgestaltet sein, damit bestehende Ungleichheiten nicht noch weiter verschärft werden.

Über Jahrzehnte haben Öl-Konzerne die Öffentlichkeit mit Fake-Studien getäuscht. Mit Lobbying und Millionenkampagnen haben sie politische Massnahmen zum Ausstieg aus fossilen Energien verhindert. Das ist mit ein Grund, warum wir heute abhängig sind von Öl- und Gas-Lieferungen von Autokraten.

Wir müssen heute handeln. Unser Einsatz für Klimaschutz und Versorgungssicherheit kann nicht bis morgen warten. Das beginnt bei der einheimischen Energieproduktion, betrifft aber auch den Finanzplatz. Denn in der Schweiz wird ein Viertel der weltweiten Vermögen verwaltet. Wie dieses Geld investiert wird, beeinflusst das globale Klima. Heutzutage fliessen Milliarden in Aktivitäten, die den Klimazielen entgegelaufen.

VOLKSINITIATIVE FÜR EINEN KLIMA-FONDS

Unsere Klimafonds-Initiative fordert, dass wir gemeinsam in die ökologische Erneuerung der Schweiz investieren. Wir wollen flächendeckend Solarpanels montieren, Gebäudesanierungen in der ganzen Schweiz vorantreiben und den öffentlichen Verkehr ausbauen.

So erreichen wir unser Ziel: Erneuerbare Energien ausbauen

Wir müssen so schnell wie möglich unabhängig von Öl, Gas und Uran werden. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz sorgen wir dafür, dass wir nicht mehr länger erpressbar sind von Diktatoren und Oligarchen.



Der Klimafonds – die AHV des 21. Jahrhunderts

Die Generationen vor uns haben gezeigt, wie grosse Herausforderungen angegangen werden können. Als Antwort auf Existenznot und Altersarmut haben sie die solidarisch finanzierte AHV gegründet. Auch die SBB zeigt, wie wertvoll öffentliche Investitionen sind. Und so ist es auch bei der Klimakrise: Änderungen des persönlichen Verhaltens sind wichtig, können aber das Problem nicht allein lösen. Es braucht eine gemeinschaftliche Antwort: Öffentliche Investitionen in den Klimaschutz und in die Versorgungssicherheit.

Mit diesem Geld können flächendeckend Solarpanels angebracht, Gebäudesanierungen in der ganzen Schweiz vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut und der

Erhalt der Biodiversität garantiert werden. Wir finanzieren damit auch Weiterbildung und Umschulungen. Denn der Klimaschutz braucht uns alle – und er bringt auch Aufträge für das lokale Gewerbe. Damit schaffen wir gute Arbeitsplätze und mehr Wohlstand.

Den Finanzplatz in die Zukunft führen

Wir wollen, dass der Fortschritt, den wir im Inland erreichen, nicht durch das klimaschädliche Verhalten des Finanzplatzes zunichte gemacht wird. Wir wollen, dass aus der Schweiz keine Investitionen mehr getätigt werden, die Klima und Biodiversität zerstören oder Menschenrechte gefährden.



**GLEICH SEIN
NIEMAND. A
BEHANDELT
DAS GILT FÜ**



**N MUSS
BER GLEICH
WERDEN –
UR ALLE.**



WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR GLEICHSTELLUNG.

Warum wir uns engagieren:

Dank der feministischen Bewegung geht es in der Gesellschaft voran. Man spürt einen breiten Willen zur Veränderung, und das ist gut. Aber: Wir sind noch lange nicht da, wo wir sein wollen. Frauen stehen finanziell immer noch deutlich schlechter da als Männer. Junge Eltern reiben sich zwischen Beruf und Familie auf. Frauen und queere Menschen sind weiterhin mit Sexismus und Gewalt konfrontiert. Gleichstellung ist keine Privatsache, sie geht uns alle an. Besonders in Zeiten, in denen konservative, rückwärts-gewandte Regierungen auf der ganzen Welt eine akute Gefahr für die Rechte der Frauen sind.

SP-VOLKSINITIATIVE FÜR GUTE KITAS

Für junge Familien ist es oft schwierig, einen guten und bezahlbaren Kita-Platz zu finden. Das führt dazu, dass vor allem Frauen ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Kinderbetreuung ganz oder teilweise aufgeben. Die Kita-Initiative ändert das. Sie sorgt für genügend bezahlbare Kita-Plätze und fördert damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig sorgt die Kita-Initiative auch für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Wir wollen, dass die vor allem von Frauen geleistete Arbeit in den Kitas endlich ernst genommen und gerecht bezahlt wird. Denn ohne externe Kinderbetreuung würde unsere Wirtschaft zusammenbrechen.

So erreichen wir unser Ziel:

Gute Löhne und Renten – für alle

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle gute Löhne und Renten bekommen – unabhängig vom Geschlecht. Wer in der Kinderbetreuung, im Detailhandel oder in der Pflege arbeitet, leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Das haben wir spätestens in der Corona-Krise gemerkt. Wer in diesen sogenannten Frauenberufen arbeitet, verdient mehr Wertschätzung – und mehr Geld. Denn diese Jobs sind die Basis für unser Zusammenleben.

Gleichzeitig sind gute Löhne auch ein guter Schutz vor Altersarmut, die Frauen ungleich stärker betrifft: Frauenrenten sind nach wie vor ein Drittel tiefer als die der Männer. Deshalb setzen wir uns für ein Rentensystem ein, das Familienarbeit und Teilzeitarbeit nicht ignoriert, sondern miteinbezieht. So wird die Pensionierung für Frauen nicht länger zur Armutsfalle.

Mehr Zeit für Eltern

Eltern arbeiten heute bis zu 70 Stunden in der Woche. Das ist weder zumutbar noch sinnvoll. Um das zu ändern, braucht es flächendeckende und bezahlbare Kitas, eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung einer Elternzeit.

Für ein Ende der Gewalt

Wir wollen, dass Alltagssexismus und Gewalt gegen Frauen und queere Menschen ein Ende haben. Niemand soll Angst haben müssen, weder auf dem Heimweg noch am Arbeitsplatz, noch in den eigenen vier Wänden. Dafür brauchen wir mehr Prävention und bessere Unterstützung für Betroffene. Sexuelle Gewalt darf keinen Platz mehr haben. Das bedeutet auch, dass unser Strafrecht die Realität von sexualisierter Gewalt anerkennen muss: Nur Ja heisst Ja.

Respekt statt Hass

Nicht zuletzt setzen wir uns auch für eine Gesellschaft ein, die alle Lebensmodelle und alle sexuellen Identitäten gleichermaßen respektiert. Mit der «Ehe für alle» haben wir zwar einen historischen Schritt gemacht, doch solange Regenbogenfamilien immer noch nicht vollständig abgesichert, solange Homophobie und Transfeindlichkeit an der Tagesordnung sind, haben wir noch viel zu tun.

Fehlende Gleichstellung trifft unseren gesamten Alltag: bei der Arbeit, im Ausgang, im Alter. Darum wollen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen für eine Zukunft, in der Gleichstellung endlich Tatsache wird.





WO LUXU
ANFÄNGT
SCHON A
BADI-KAS

JS
T? OFT
AN DER
SSE.

WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR EIN ENDE VON ARMUT, AUSGRENZUNG UND SOZIALER KÄLTE.

Warum wir uns engagieren:

1,3 Millionen Menschen in der Schweiz müssen jeden Rappen zweimal umdrehen. Sie sind arm oder armutsgefährdet. Heute werden Armutsbetroffene für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht und verdächtigt, nichts leisten zu wollen. Doch Armut ist kein individuelles Problem. Sie ist nicht Folge des Versagens von Einzelnen. Armut kann uns alle treffen: Wegen einer Wirtschaftskrise oder Arbeitslosigkeit, wegen eines Unfalls, einer Krankheit oder einer Scheidung. Die Corona-Krise hat das eindrücklich gezeigt. Deshalb müssen wir Armut gemeinsam bekämpfen. Wir wollen nicht, dass Kinder nicht zusammen mit ihren Freund:innen in die Badi gehen können, weil die Eltern kein Geld für den Eintritt haben. Wir wollen nicht, dass Menschen ohne Schweizer Pass die Ausweisung droht, nur weil sie Sozialhilfe beziehen müssen. Deshalb setzen wir uns für eine Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung ein. Wir sorgen dafür, dass niemand allein gelassen wird.

So erreichen wir unser Ziel:

Wir wollen eine Politik, die nicht die Armen bekämpft, sondern die Armut. Wir stehen ein für eine Gesellschaft, in der niemand vergessen geht und alle dieselben Rechte haben.

Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen

Es gibt zu viele Menschen, die arm sind, obwohl sie einen Job haben. Deshalb fordern wir Mindestlöhne und kämpfen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Zusammen

mit den Gewerkschaften setzen wir uns für gute Gesamtarbeitsverträge ein. Für ältere Angestellte braucht es einen besseren Kündigungsschutz. Die Sozialhilfe muss den Menschen helfen, statt sie zu drangsaliieren.

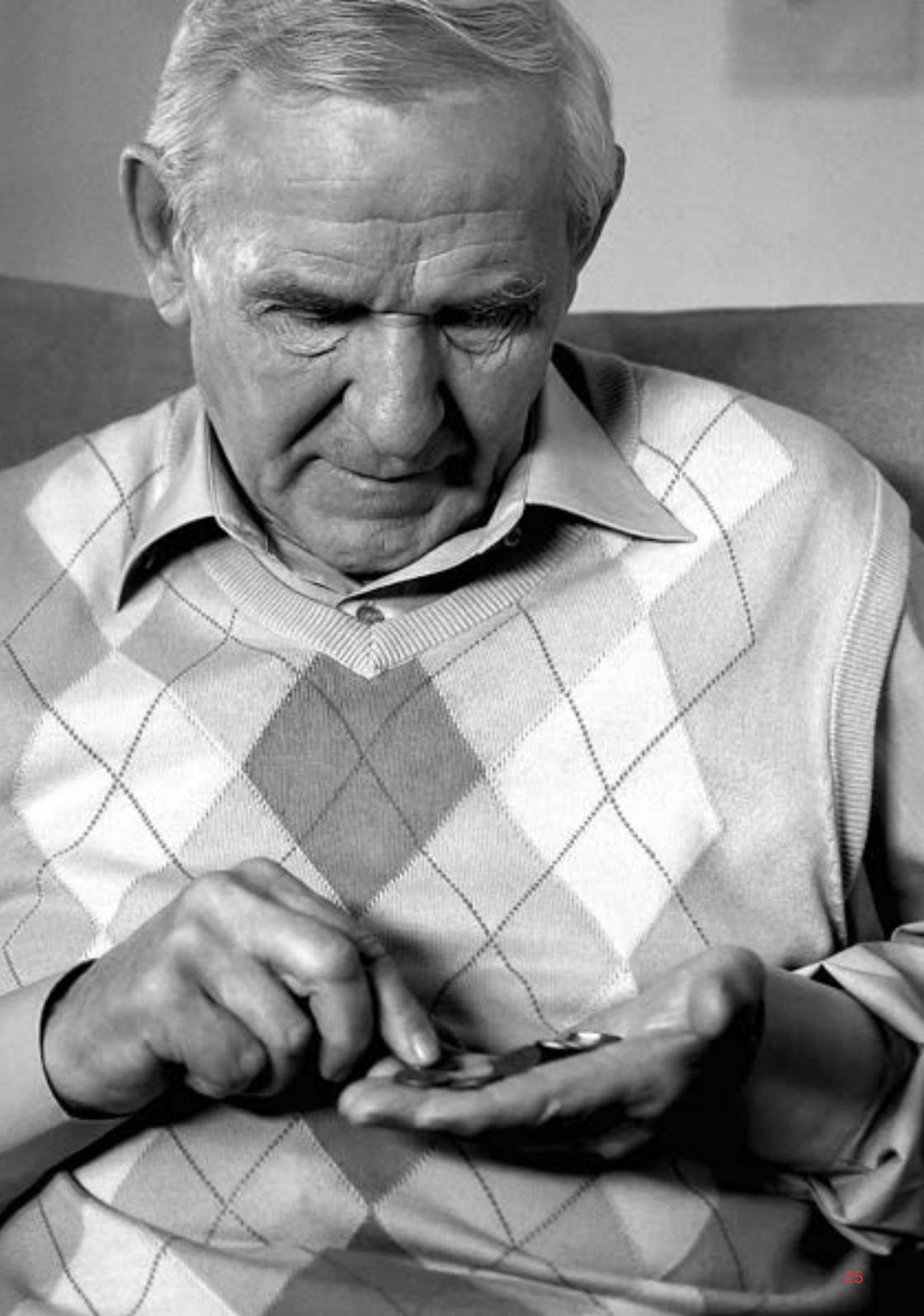
Arbeit darf nicht krank machen

Druck und Stress am Arbeitsplatz nehmen zu. Die Folge sind psychische Probleme und immer mehr Burnout-Fälle. Wer am Arbeitsplatz krank wird, muss besser unterstützt und geschützt werden. Wir wollen eine Invalidenversicherung, die Menschen nicht drangsaliert, sondern ihnen hilft und sie stärkt.

Wir sorgen dafür, dass niemand allein gelassen wird

Rund 133'000 Kinder sind in der Schweiz arm. Den Betroffenen bleiben bereits in jungen Jahren viele Türen verschlossen. Die Gefahr ist gross, dass diese Nachteile über Jahre und Jahrzehnte bestehen bleiben. Deshalb wollen wir Familienzulagen, die auch Alleinerziehende vor Armut schützen.

Wer wenig Geld hat, wird an den Rand gedrängt. Davon sind vor allem auch Migrant:innen betroffen, ganz besonders Menschen ohne gültige Papiere. Wer nach einem Schicksalsschlag Sozialhilfe beziehen muss, kann ausgeschafft werden, obwohl er oder sie schon lange hier lebt und zur Gesellschaft beiträgt. Wir fordern, dass aufenthaltsrechtliche Konsequenzen aufgrund von Sozialhilfebezug nach zehn Jahren ordnungsgemäsem Aufenthalt in der Schweiz nicht mehr möglich sind.



STÄRKEN
DIE SCHW
STARK M
UNSEREN
SERVICE

I, WAS

WEIZ

ACHT.

N

PUBLIC.

WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR DIE STÄRKUNG VON SERVICE PUBLIC UND GEMEINWOHL.



Warum wir uns engagieren:

Wir alle sind auf eine gute Grundversorgung angewiesen: Täglich trinken wir Wasser, verbrauchen Strom, fahren Zug oder schauen die Tagesschau. Wir alle gehen oder gingen zur Schule und mussten vielleicht schon mal ins Spital. Diese wichtigen Infrastrukturen müssen uns allen gehören und dem Gemeinwohl dienen. Kurz: Wir brauchen einen starken Service public. Denn unser Service public, der heute noch mehrheitlich in öffentlicher Hand ist, bietet wichtige Dienstleistungen zu vernünftigen Preisen. Doch Bestrebungen in Richtung Privatisierung und Liberalisierung setzen dieses Erfolgsmodell unter Druck. Private Grosskonzerne wollen nicht öffentliche Dienstleistungen für alle, sondern Gewinne für wenige. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, dass unsere öffentlichen Güter und Infrastrukturen an chinesische Staatsfonds oder US-amerikanische Grossinvestoren verschertelt werden: Boden in öffentlicher Hand ermöglicht günstige Mieten. Und öffentliche Spitäler stellen sicher, dass gute Gesundheit nicht zum Luxus wird. Darum stärken wir, was die Schweiz stark macht: unseren Service public.

So erreichen wir unser Ziel:

Bedürfnisse der Bevölkerung ins Zentrum stellen

Wir verteidigen, was die Schweiz stark macht und der Bevölkerung dient. Dazu gehört der hervorragende Service public: Öffentlicher Verkehr, Post und Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, aber auch AHV, Volksschule und Gesundheitswesen. Diese Errungenschaften ermöglichen allen Menschen Zugang zur Grundversorgung – unabhängig davon, wo sie wohnen und wie viel Geld sie besitzen. Nur ein Service public in öffentlicher Hand sichert die Grundversorgung in allen Landesteilen und in den Randregionen. Denn Energieversorgung, Kinderbetreuung und Gesundheit dürfen nicht am Profit ausgerichtet sein, sondern müssen den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen. Wir sorgen dafür, dass das so bleibt. Doch wir verteidigen nicht nur das Bestehende: Wir wollen den Service public in allen Bereichen ausbauen – von mehr Kitas bis zu besserer Unterstützung im hohen Alter. Und wir wollen den Service public in die Zukunft führen: Die digitale Infrastruktur der Zukunft soll nicht in privaten Händen liegen, sondern uns allen gehören.

Alle sollen einen Beitrag leisten

Konzerne und Grossaktionäre müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Service public leisten, denn breite Schultern tragen mehr. Es kann nicht sein, dass wir nicht genügend Pflegefachkräfte und Lehrer:innen haben, weil wir zu wenig Geld für ihre Ausbildung und für gute Arbeitsbedingungen ausgeben konnten. Doch Konzerne und Milliardäre kaufen sich Parteien und zunehmend auch die Medien. Um möglichst wenig Steuern zahlen zu müssen, leisten sie sich einen direkten Draht ins Parlament. Und wenn die Konzerne ihre Gewinne bedroht sehen, lancieren sie Millionenkampagnen und drohen mit Wegzug. Ihre Macht ist zu gross geworden. Wir lassen uns die ständige Erpressung der Demokratie nicht länger gefallen. Sie behindert den Fortschritt und gefährdet das, was uns auszeichnet: den Service public.

NICHT NUR
GELDKOPF
TRAGEN.
SONDERN
MAL DIE
WORTUNG

**UR
FFER**

**N AUCH
VERANT-
IG.**

WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR FRIEDEN, GLOBALE GERECHTIGKEIT UND FÜR DEN ZUSAMMENHALT IN EUROPA.

Warum wir uns engagieren:

Die Schweiz liegt mitten in Europa und ist Teil Europas. Europäische Herausforderungen sind auch unsere Herausforderungen. Globale Probleme können wir nicht im Alleingang lösen. Abschottung und Isolation lehnen wir ab. Wir schauen nicht weg, wenn Menschen in anderen Ländern verfolgt werden, wenn sie hungern müssen oder durch Kriege in die Flucht geschlagen werden. Wir stehen an der Seite der Menschen, die uns brauchen. Wir setzen uns ein für mehr Zusammenhalt und für ein friedliches und gerechtes Miteinander.

Wenn wir über Gerechtigkeit reden, dann müssen wir auch über die Verantwortung

der Schweiz reden: Die Schweiz ist ein kleiner Staat, aber wirtschaftlich betrachtet eine Weltmacht. In unserem Land sitzen die grössten Vermögensverwalter der Welt. Rohstoffkonzerne und unzählige globale Hauptsitze befinden sich wegen tiefer Steuern und zahnloser Gesetze in der Schweiz. Das ermöglicht skrupellose Geschäfte auf Kosten von Mensch und Umwelt. Viele Konzerne reden gerne über Verantwortung, nehmen sie aber nicht wahr. Wir alle wissen es: Es gibt hier in der Schweiz viel zu viele Drecksengeschäfte, von denen nur wenige profitieren.



So erreichen wir unser Ziel:

Wir wollen eine Schweiz, die zur Anwältin des Völkerrechts wird.

An der Seite der Menschen

Wir wollen, dass unser Land ein sicherer Ort für Menschen auf der Flucht ist. Gleichzeitig wollen wir uns für die Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzen. Dazu braucht es mehr Entwicklungszusammenarbeit. Der Kampf gegen Armut und Hunger muss verstärkt werden. Mit schmutzigen Deals mit Autokraten wie Putin muss endlich Schluss sein. Oligarchen-Milliarden gehören eingefroren. Der Handel mit Rohstoffen über die Schweiz braucht klare Regeln – und zwar zugunsten der Menschen und der Umwelt, nicht zugunsten des Profits. Bei allen Handelsabkommen gehören Menschenrechte ins Zentrum.

Konzerne müssen

Verantwortung übernehmen

Wir stehen für ein Wirtschaftsmodell ein, in dem unsere internationalen Konzerne Verantwortung übernehmen müssen. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient und nicht umgekehrt. Wir wollen eine Schweiz, die für fairen Handel und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einsteht. Wir unterstützen die Bemühungen für eine globale Mindeststeuer. Schluss mit den Steueroasen, die mit Steuerdumping andere Länder schädigen!

Frieden statt Aufrüstung

Wir stehen ein für Frieden. Die Welt braucht nicht Aufrüstung, sondern Frieden. Frieden ist ein kollektives Gut, das nur durch Zusammenarbeit erreicht wird. Unsere Aufgabe ist es, Demokratie und Zivilgesellschaft ebenso zu stärken wie die internationalen Institutionen der EU und der UNO.

Gemeinsame Lösungen

für gemeinsame Probleme

Wir wollen dort mitbestimmen können, wo die Politik in Europa gemacht wird. Unser Ziel ist ein friedliches, demokratisches, soziales und ökologisches Europa. Dieses wollen wir mitgestalten, im Interesse aller Menschen dies- und jenseits der Landesgrenzen. Deshalb will die SP die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verbessern und ausbauen. Wir brauchen gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme. Mittelfristig ist ein gut ausgehandelter EU-Beitritt die beste Option für die Schweiz. Die heutige EU hat – wie die Schweiz auch – zweifellos Defizite, gerade bei der sozialen Gerechtigkeit. Bereits heute arbeitet die SP Schweiz deshalb zusammen mit ihren Schwesterparteien für ein soziales und ökologisches Europa.



ERGREIFST DU PARTEI MIT UNS?

**WIR SIND ÜBERZEUGT:
GEMEINSAM KÖNNEN WIR DIE SCHWEIZ
UND DIE WELT GESTALTEN.**

**SCHRITT FÜR SCHRITT KÖNNEN WIR DIE
SCHWEIZ ZU EINEM GERECHTEREN,
SOZIALEREN, ZUKUNFTSORIENTIERTEREN,
LEBENSWERTEREN UND ÖKOLOGISCHEREN
LAND FÜR ALLE MACHEN. ERGREIFT MIT UNS
PARTEI! GEMEINSAM GELINGT UNS DAS.**

Impressum:

SP Schweiz

Theaterplatz 4

3011 Bern

info@spschweiz.ch